

V12 Revidierung der Ratsentscheidung zur Nichtbestätigung der BAG Globalisierung und Krieg (GuK) am 18. 2. 2024

Antragssteller*in: Barbara Fuchs

Vorschlagstext

Ergänzung zu dem von Hanni Gramann und weiteren Berliner Attac-Mitgliedern eingebrachten Vorschlag:

Eine 'ausführliche Diskussion' zur BAG GuK gab es nicht. Stattdessen wurden Vorwürfe erhoben und Behauptungen aufgestellt, die von anderen Teilnehmern bestritten wurden. Die Vorwürfe waren teils allgemein, teils betrafen sie Äußerungen eines Referenten in einer Online-Veranstaltung, die nicht die Position der BAG wiedergaben. Ebenso verhielt es sich mit einem auf der Webseite der AG veröffentlichten Artikel. Die Vertreterin der BAG Gabi Bieberstein und einige weitere Ratsmitglieder widersprachen. Doch das Format der Diskussion (begrenzt auf 30 Minuten, für jede Wortmeldung nur 2 Minuten Redezeit, laufende Ermahnungen zur Eile durch die Moderatorin) schloss eine seriöse Bewertung der jeweiligen Positionen und eine Verifizierung von strittigen Tatsachenbehauptungen aus. Eine Auseinandersetzung mit den Aktivitäten und Positionen, wie im Rechenschaftsbericht der AG ausgeführt, fand nicht statt.

Ich schlage vor, dass ein Verfahren einsetzt, wie es in einem ähnlichen Fall schon einmal 2008 angewandt wurde. Da hieß es: Für den Fall, dass im Rat keine Einigkeit über das Fortbestehen der AG erzielt werden kann, erfolgt die Bildung einer paritätisch besetzten Konsensfindungs-AG. Diese sollte auf der Basis schriftlich ausgearbeiteter Positionen unter der Leitung einer neutralen Moderatorin eine Einigung anstreben. Laut Protokoll der Ratssitzung vom 7. 6. 2008 fand dieses von Werner Rätz vorgestellte Verfahren „allgemeine Zustimmung“. Das Verfahren wurde damit Teil der Regeln von attac. Dass dieses Verfahren sich nicht in der Regelsammlung wiederfindet, bedeutet nicht, dass es heute bedeutungslos ist. Das war ein faires und sorgfältiges Verfahren, das beispielgebend für die heute anstehende Konfliktlösung sein könnte. Da die BAG Globalisierung und Krieg termingerecht einen umfangreichen Bericht vorgelegt hat, ist es folgerichtig, dass die Darstellung der Vorwürfe gegen die BAG ebenfalls schriftlich erfolgen muss.

Begründung

Auszug aus dem Protokoll der Ratssitzung vom 7. 6. 2008:

„Die Agen stellen ähnlich wie bei der Anerkennung ihre Arbeit und Pläne vor. Der Rat überprüft, ob das noch der alte Konsens ist im Blick auf die grundsätzliche Anerkennung der jeweiligen AG. Wenn verschiedene Ratsmitglieder feststellen, dass die AG inzwischen etwas ganz anderes arbeitet als bei der ehemaligen Beantragung, kommt es zur Bildung einer Konsensfindungs-AG als Rats-AG; alle Meinungen müssen darin vertreten sein. Diese Konsensfindungs-AG erarbeitet einen gemeinsamen Vorschlag für das weitere Vorgehen... '